

NAME

adb-podcast-40.mp3

DATE

November 8, 2024

DURATION

1h 4m 38s

START OF TRANSCRIPT

[00:00:07] Speaker1

Hallo und herzlich willkommen zur 40. Folge von der ATB Podcast. Ich bin Anke Domscheit Berg, noch digitalpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag. Und ich erzähle euch aus dem digitalen Maschinenraum des Bundestages. Aber nicht nur. Es sind nämlich wirklich schräge Zeiten. Ihr habt es ja alle mitgekriegt. Es gibt ein unfassbares Politikdrama. Erst den Demokratie meltdown in den USA, Trump 2:00 null. Man hat sich vom Schock noch gar nicht erholt. Gibt es ein paar Stunden später das Scheitern der Ampel am Ego von Lindner? Also darüber erzähle ich euch auch was. Aber natürlich ist es ein Digitalpodcast. Das heißt, erst kommt das Digitale und am Ende gibt es dann meine Einschätzung zu all diesem Politikgeschehen. Auch wenn es natürlich erst mal eine vorläufige Einschätzung ist, was das alles wirklich ganz konkret und genau bedeutet und wie es weitergeht. Das kann man zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht wirklich sagen. Ich zeichne das auf am 7. November. Es ist Donnerstag, es ist 21:40. Also wer weiß, was in zwei Stunden passiert ist. Die Dinge gehen ja schnell. Was haben wir denn im Digitalausschuss besprochen? Einiges davon hat sich im Prinzip von selbst erledigt. Ein paar Sachen sind aber trotzdem interessant. Zum einen hatten wir den sogenannten Aktionsplan eCommerce des BMWi. Der hat als Hintergrund die Flut illegaler Produkte von Teemu und Shinn. Von diesen beiden chinesischen Plattformen und wir hatten ja im Digitalausschuss vor ein paar Monaten ordentlich Druck ausgeübt, da den digitalen Verbraucherschutz zu verbessern. Und das ist die Antwort der Ampelregierung.

[00:01:42] Speaker1

Ich nenne sie einfach mal noch so aus Tradition. Aber es gibt ja auch Rot Grün Ampeln, davon mal abgesehen. Und dann hatten wir mal wieder das Thema Digital Services Act Umsetzung. Diesmal ging es aber nicht darum, wer macht denn die Aufsicht und ist für irgendwas zuständig, sondern es ging tatsächlich um die Anwendung in der Praxis. Es gab also einen Bericht vom Bundeskriminalamt und von der Bundesnetzagentur. Wie dann zum Beispiel das Beschwerdetool der BnetzA funktioniert. Ob das BKA wirklich mit Hunderttausenden von Meldungen geflutet worden ist, für die sie ja 400 neue Mitarbeiter gefordert haben, ob die Meldung berechtigt waren oder nicht. Also alles das hört ihr dann gleich. Und wir hatten als Thema einen OECD Bericht zu KI in Deutschland von fast 200 Seiten. Der enthält also eine grobe Einschätzung von Everything KI in Deutschland, von Forschung über Verwaltung bis Unternehmen. Ich habe erhebliche Zweifel an der Qualität dieses Berichts und auch gute Gründe dafür, die ich euch heute auch erzähle. Und dann hatten wir den Haushaltsplan 2025 für zwei Ministerien, nämlich das Innenministerium und das Verteidigungsministerium. Da geht es also darum. Gibt es jetzt mehr oder weniger Geld für IT, Sicherheit, digitale Verwaltung, Open Source im BMI und um so Themen wie Cyber Cyber Kram beim Militär. Interessante Insights, aber den Bericht habe ich sehr gekürzt, weil das ist ja alles hinfällig. Den Haushalt 25 wird es auf absehbare Zeit sowieso nicht mehr geben. Diese Debatte haben wir umsonst geführt.

[00:03:09] Speaker1

Ja, danach, nach diesen Themen gibt es dann mein Tape zum Politdrama. Aber jetzt kommen wir erstmal zum E Commerce Aktionsplan des Wirtschaftsministeriums, diesen Digitalausschuss, wo wir heftig kritisiert haben, dass es an digitalem Verbraucherschutz mangelt. Den hatten wir am 12. Juni 2024. Da ging es, wie gesagt, um Themen und Schein. Diese chinesischen E Commerce Plattformen, die in super kurzer Zeit wahnsinnig gewachsen sind und den kompletten EU Markt mit dem billigsten Shit überrollt haben. Da habe ich genauer seinerzeit berichtet. Das könnt ihr in der Podcast Folge 35 nachgucken, die verlinke ich euch auch in den Shownotes. Tmu ist wahnsinnig gewachsen. Mutterkonzern ist übrigens die PDD Holding. Habt ihr wahrscheinlich noch nie gehört, Könnt ihr auch gleich wieder vergessen. Aber im zweiten Quartal 2024 hat diese Holding 12 Milliarden € Umsatz gemacht, und das waren gerade mal so 86 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Also die wachsen wirklich unfassbar. Und die machen nicht nur Umsatz, sondern was für so einen Handelskonzern einfach unglaublich ist. Die haben eine wahnsinnig hohe Gewinnmarge. Die machen nämlich ein Netto Quartalsgewinn von 4 Milliarden €. Ein einzelnes Unternehmen im Quartal also, das ist schon wirklich krass. Chen ist sogar noch größer als TMU. Die haben 2023 weltweit 32 Milliarden Umsatz gemacht und haben insgesamt einen Marktanteil an der sogenannten Fast Fashion Global von 18 %. Also das ist schon irre. Beide haben sich natürlich in Irland registriert. Das machen ja alle sehr kapitalistischen Unternehmen so, die in Europa einen Stand haben wollen, weil da gibt es eine richtig lahme Datenschutzbehörde, die zuständig ist.

[00:04:56] Speaker1

Das geht nämlich nach Sitz, und es gibt marginale Steuersätze. Da freut man sich natürlich, wenn die Gewinne hoch sind und man einfach keine Steuer zahlen muss. Bei Amazon und Konsorten ist das ähnlich. Die registrieren sich in Luxemburg, da gibt es also kaum Unterschiede. Aber jetzt geht es ja um Shin und Teemu. Das sind beides sogenannte White OPs oder Very Large Onlineplattformen. Die haben nämlich ein 108 Millionen User und TMU 75 Millionen User. Und deshalb ist nicht Deutschland zuständig für die Anwendung des Digital Services Act, sondern die Europäische Kommission. Und die ist auch schon aktiv. Die hat also im Juni 2024 einen sogenannten Request for Information gegen beide Plattformen gerichtet. Dann gab es einen zweiten Request an Teemu am 11. Oktober. Die sollten bis zum ein und 20. Oktober antworten. Ich vermute mal, sie haben es entweder nicht gemacht oder es war eine beschissene Antwort. Auf jeden Fall hat die Europäische Kommission nicht lange gefackelt und schon am ein und 30. Oktober, also gerade mal zehn Tage danach, eine formelle Untersuchung, ein Untersuchungsverfahren wegen dieser Verletzung gegen Temu eröffnet. Da geht es offensichtlich um Dark Patterns, um unzureichende Maßnahmen gegen immer wieder auftauchende illegale Produkte. Und es geht darum, dass sie offensichtlich das Recht auf Forschungsdaten Zugang nicht ermöglichen. Diese Dark Patterns zusammen mit besonders personalisierter Werbung und Gamification, die sind eine ganz krasse Förderung des Konsumrauschs. Verbraucherinnen kaufen also am Ende sehr viel mehr, als sie wollen.

[00:06:33] Speaker1

Also wirklich viel mehr. Nach konservativen Schätzungen ist der Schaden für Verbraucher pro Jahr durch Dark Patterns nicht nur durch diese beiden Unternehmen, aber insgesamt 7,9 Milliarden €. Wo Leute einfach Shit kaufen, weil die Designs so suchterzeugend sind oder Werbung nicht wirklich als solche gekennzeichnet ist. Da komme ich beim nächsten Thema, wenn ich euch über die Umsetzung des DSA durch BKA und BnetzA erzähle, noch mal ein bisschen genauer drauf zurück. Und wahrscheinlich wisst ihr es auch. Die halten sich natürlich null an soziale oder ökologische Standards. Da kriegst du jede Menge Produkte mit Gesundheitsrisiken, schlechte Qualität, Markenrechte werden ignoriert und natürlich auch die Zoll und Einfuhrbestimmungen der EU. Und deshalb gab es jetzt schon im September diesen Aktionsplan eCommerce und der sollte uns da vorgestellt werden. Wir haben uns den natürlich genauer angeguckt. Sein Ziel ist, dass die EU Vorgaben besser umgesetzt werden sollen und dass es dann überhaupt erst mal einen sinnvollen digitalen Verbraucherschutz gibt. Und dann stehen da so zehn Maßnahmen drin, relativ allgemein. Also so was wie Stärkung von Zoll und Marktüberwachungsbehörden der Bundesländer. Die sind nämlich eigentlich zuständig. Kann man also als Bund auch nur so mäßig gut stärken. Und dann forderte man oder hat da als Maßnahme reingeschrieben eine konsequentere Durchsetzung des DSA gegenüber den Very Large Onlineplattform? Aber das ist eine Forderung an die Europäische Kommission, also an Dritte. Es wird gefordert, in sogenannten Data Hubs Verstöße zu sammeln, um ein systematisches Fehlverhalten nachzuweisen und Sanktionen zu verhängen.

[00:08:11] Speaker1

Und dafür sollen dann Testkäufe passieren und WebCrawler nach Verstößen suchen und so Kram. Dann steht da drin Umwelt und Gesundheitsschutz. Daten sollen im digitalen Produktpass drinstehen. Man will Druck ausüben auf die irische Datenschutzbehörde, die ja so die Füße hochlegt und nichts macht. Längerfristig hätte man gern eine europäische Datenschutzbehörde. Finde ich auch eine gute Idee, aber wird wohl so schnell nichts werden. Und es steht als Maßnahme drin das Beschwerdeportal der Bundesnetzagentur für Verstöße gegen den DSA. Das will man bekannter machen. Vielleicht an der Stelle noch mal ein kleiner Hinweis, wofür dieses Portal nicht da ist, nehme ich, um irgendwelche Beschwerden zu konkreten Inhalten zu machen. Also sagen wir mal eine strafbare Beleidigung oder sowas. Wenn ihr sowas habt, zeigt sie an bei der Polizei, meldet sie bei der jeweiligen digitalen Plattform. Erst wenn das nichts bringt, also die Meldung bei der Plattform, dann könnt ihr euch an das Bundesnetzagentur Beschwerdeportal wenden. Aber das könnt ihr auch bei sonstigen Verstößen gegen den DSA. Dazu gehören nämlich auch die erwähnten Dark Patterns, mangelnde Transparenz bei Onlinewerbung oder wenn es am Schutz für Minderjährige fehlt. Wie dieses Beschwerdeportal funktioniert? Das erzähle ich euch ein bisschen später. Das hatten wir ja bei diesem anderen Tagesordnungspunkt genauer diskutiert. Unter diesen zehn allgemeinen Maßnahmen findet sich auch eine, die ist ein bisschen konkreter. Da geht es nämlich um die Abschaffung der 150 € ZollfreiGrenze. Und wenn ihr schon mal für unter 150 € irgendwo global eingekauft habt, also außerhalb der EU, dann hattet ihr schon Erfahrungen damit? Da muss man nämlich irgendwo Zoll bezahlen.

[00:09:50] Speaker1

Und das kann einfach sein, wenn das die Post an der Tür abwickelt. Kann auch kompliziert sein, wenn das schief geht. Und ihr müsst zum Zollamt. Ja, was haben wir da so diskutiert im Digitalausschuss? Also einmal war natürlich die Vertreterin des BMWi da, die hat das Ganze nochmal elaboriert vorgestellt, hat also hat geschworen, dass es auf keinen Fall irgendwelche Bürokratiezuwächse geben soll. Und das dieser Aktionsplan von einem Wirtschaftsministeriums Aktionsplan, also von einem Habeck Plan überführt werden soll in ein Ampelpapier. Jo, einen Tag später kann man darüber nur noch grinsen. Das hat sich ja inzwischen erledigt. Erzählt hat sie auch, dass die Umsetzung schon begonnen hat. Das, was sie als Ergebnisse beschrieben hat, war aber nur, dass Bundesländer ein paar Dinge tun. Also hätten die wahrscheinlich auch so gemacht. Kann man jetzt schwer bewerten. Wir wollten zum Beispiel wissen Wie wollen Sie denn eigentlich konkret dieses Beschwerdetool bekannter machen? Verbraucherschutz ist ja nur dann real Verbraucherschutz, wenn man auch weiß, wie man ihn geltend machen kann. Und da gab es halt die etwas lustige Antwort vom BMWi, dass man auf dem Social Media Konten des BMWi ja dafür schon mal Werbung gemacht hätte. Man hätte es also erwähnt und verlinkt und man hätte außerdem Verbände gebeten, doch auch auf ihren Social Media auf dieses Tool hinzuweisen. Und ehrlich gesagt Ey, wollt ihr mich verarschen? Also so funktioniert es natürlich nicht. Dann gab es Interesse daran, ob denn nur die Länder Testkäufe machen sollen.

[00:11:18] Speaker1

Warum machten die nicht auch der Bund? Die Antwort war simpel Weil die Zuständigkeit liegt halt ausschließlich bei den Ländern. Da gibt es die Marktüberwachungsbehörden, das kann der Bund gar nicht machen. Es gäbe allerdings auch schon solche Testkäufe bei den Ländern und es gäbe auch Ergebnisse. Aber die sind noch nicht öffentlich. Wir durften also leider nichts davon erfahren. Und dann haben wir natürlich noch einiges direkt zu TMU und Cheffin gefragt. Die Bundesregierung hat sich nämlich mit beiden Unternehmen schon getroffen, zweimal sogar. Und das sei sehr konstruktiv mit ihnen gelaufen und offensichtlich super unkonstruktiv mit Temu. Vielleicht ist das gegenüber der EU Kommission übrigens genauso. Aus irgendeinem Grund kriegen die da ja gerade richtig Stress. Ich selber hatte mal wieder nur 120 Sekunden Zeit und zwar für Fragen und Antworten. Deswegen habe ich also mehr gesagt als gefragt, weil man kriegt da eh nicht so viel rum in der Zeit und habe also darauf hingewiesen, dass eine Stärkung des digitalen Verbraucherschutzes echt überfällig war, weil diese Dark Patterns, die ziehen schlicht allen möglichen Leuten richtig viel Geld aus der Tasche für fragwürdige Produkte, die giftig sind, die unsicher sind und eine beschissene Qualität haben. Dieser Aktionsplan ändert aber daran nicht wirklich was. Der ist total unkonkret und er fordert ständig Dinge von dritte ohne selber was zu machen. Also die EU wird aufgefordert, den DSA für die Very Large Onlineplattform effektiver umzusetzen. Aber hey, man kann das ja auch in Deutschland machen.

[00:12:45] Speaker1

Die Bundesnetzagentur kriegt aber als Digital Services Koordinator nur 50 % der benötigten Stellen in 2025. Ich aktualisiere das jetzt mal so einen Tag später. Das war ja, was im Ausschuss ich da erzählt habe. Einen Tag später gibt es ohne einen Haushalt 2025 wahrscheinlich nicht mal diese 50 % Stellen. Aber zurück zu dem, was ich da kommentiert habe vor Ort. Das Beschwerdetool soll bekannter werden, wurde uns gesagt. Per Social Media Posts reichen dafür aber nicht. Wir wissen das genau, denn wir haben ja auch ein Problem mit dem elektronischen Personalausweis. Nicht weil er doof ist, sondern weil er gut ist. Aber kein Schwein kennt ihn. Deswegen wurde von der Ampel schon 2022 eine Marketingkampagne versprochen und in dem Jahr hat es nicht geklappt. 2023 hat es nicht geklappt. 2024 hat es auch nicht geklappt und jedes Mal ist die Antwort die gleiche dass Haushaltsmittel fehlen. Also alle Vorbereitungen, Konzepte, alles da, Aber Haushaltsmittel fehlen. Nur mit zwei, drei Tweets oder irgendeiner anderen Social Media Dings Gedöns funktioniert so eine Kampagne nicht. So kann man das Beschwerde Tool einfach nicht bekannter machen. Und dieser digitale Produkt pass mit Infos für Umwelt und Gesundheit, der soll vorgeschlagen von der Regierung. Ja bei wem denn? Christian Lindner wird wahrscheinlich nicht funktionieren. Jetzt erst recht nicht mehr, ehrlich gesagt. Oder Scholz? Der will das Deutsche Lieferkettengesetz noch 2024 zu Fall bringen. Ah, da gibt es ja auch ein Update. Fun Fact Auch das wird wohl nüscht mehr.

[00:14:18] Speaker1

In dem Fall nicht. Schade drum. Was auf jeden Fall fehlt in diesem Aktionsplan, der eigentlich dürfte gar nicht so heißen, weil so viele Aktionen stehen ja gar nicht drin. Es hat keine Deadlines, keine Ziele, keine Ressourcen, keine Zuständigkeiten. Also wie immer bei der Ampel, wenn die irgendwelche Pläne macht, okay, es gibt eine konkrete Sache, nämlich die 150 € ZollfreiGrenze abzuschaffen. Da steht drin, es soll zeitnah und bürokratiearm kommen. Ich wollte dann doch mal wissen, für wen denn eigentlich. Ich wohne ja bekanntlich im Norden von Brandenburg. Wenn ich was verzollen muss, dann ist das in Neuruppin und dafür muss ich einen ganzen Tag Urlaub nehmen, wenn ich mit der Bahn fahre und ich fahre nur Bahn. Ich fahre dann zum Zollamt mit vier verschiedenen Verkehrsmitteln. Das dauert über drei Stunden. Vier Verkehrsmittel, was kann da schon schiefgehen? Und dieses Amt schließt auch noch um 15:45 jeden Tag. Also Montag bis Freitag natürlich. Nee, das ist eine echte Verbraucherdiskriminierung, wenn so was kommt im ländlichen Raum. Wenn ich das dann noch für einen Einkauf von 20 € machen soll. Also das kommt ganz sicher nicht an! Deswegen habe ich mal gefragt Was heißt denn bürokratiearm? Für wen denn? Auf diese sehr klare Frage habe ich einfach gar keine Antwort gekriegt. Da kam Rungelaber zu meinem Statement. Ja, man würde ja Dinge von anderen fordern, weil andere zuständig sind. Dafür könne man ja nichts. Dieser digitale Produkt Pass, den fordert man also nicht von Scholz oder Lindner.

[00:15:40] Speaker1

Da meint man doch nur die sowieso stattfindende nationale Umsetzung der Ökodesignverordnung der EU. Ja gut, dann kann man sich das auch in diesem Aktionsplan sparen, weil es ist ja gar keine neue Aktion. Also mein Fazit dieser Aktionsplan, der ist für die Füße. Selbst mit weiter lebender Ampel hätte der einfach nüscht gebracht und zum Teil hat man sich da auch mit fremden Federn geschmückt. Also da wurde erzählt, die Ermittlungsverfahren gegen TMU hat die Europäische Kommission irgendwie wegen Deutschland gemacht, was natürlich totaler Quark, aber der ganze Plan ist jetzt Klopapier geworden. Naja, damit kommen wir zum nächsten Thema. Nicht überflüssig, nämlich die Umsetzung des DSA. Und dann ging es ja diesmal darum, wie funktionieren denn diese Weiterleitungen strafbarer Inhalte an das BKA und wie funktioniert die Aufsicht durch die Bundesnetzagentur? Auch das hatten wir ja schon öfter im Digitalausschuss, zuletzt am 5. Juni. Da ging es viel um Governance, wer ist für was zuständig usw. Aber die Frage hatten wir ja heute nicht mehr seit Februar 2024 gilt bei uns der Digital Services Act, das dazugehörige deutsche Gesetz. Das kam ein paar Monate später. Die Ampel ist halt langsam. Und seitdem ist aber offiziell die Bundesnetzagentur, der sogenannte Digitale Dienste Koordinator, also nationale Aufsichtsbehörde und zuständig für Verbraucherbeschwerden und 5000 PI mal Daumen Digitale Dienste in Deutschland. Treue Hörerinnen, Die wissen natürlich schon Ein besonders großes Issue ist die Personalausstattung der Bnetza. Die sind nämlich wahnsinnig unterbesetzt. Ich habe genau zu diesem Thema sogar schon zweimal mit einer schriftlichen Frage nachgefragt.

[00:17:19] Speaker1

Das erste Mal habe ich gefragt nach den neuen Aufgaben für die Bundesnetzagentur. Dsa ist eine davon. Und wie viele Ressourcen sie erfordern. Also diese Aufgaben, das steht im Gesetz immer drin. Da gibt es eine Rubrik, die nennt sich Erfüllungsaufwand. Und ich habe gefragt, wie viel die Bnetza davon denn tatsächlich erhalten hat. Und dann gab es die Antwort Leider nicht für die Gesamtressourcen, sondern nur für Sachmittel. Aber der Hund ist ja beim Personal begraben. Also musste ich eine zweite schriftliche Frage dafür verwenden und die Antwort kam heute. Und die ist ein unfassbares Armutszeugnis der Ampel. Die macht nämlich offensichtliche Luftpolitik. Da stand eine Tabelle mit, wenn ich mich recht erinnere sechs neun Aufgaben, die die Bundesnetzagentur übergeholfen kriegt. Und da stand als Summe für fünf bei dem sechsten Stand wissen wir noch nicht, wie viele Stellen, aber irgendwelche werden es sein. Aber da, wo Zahlen drin standen, ergibt die Summe 208 Stellen braucht die Bundesnetzagentur, um diese Aufgaben zu erledigen, laut Erfüllungsaufwand im jeweiligen Gesetz. Nur 63 davon stehen in irgendeinem Haushalt schon drin. 63 das sind 30 %. Die haben nicht mal 1/3 der Stellen, die sie brauchen. Und eigentlich ist alles noch viel schlimmer, weil von den 63 Stellen ist jede zweite mehr als jede zweite. 33 Stellen hat einen sogenannten KW Vermerk. Kw heißt kann wegfallen. Das war nämlich mal Stellen im Bundesamt für Justiz. Die waren zuständig für das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und das ist ja abgeschafft worden und deswegen sind die Stellen dort mit.

[00:18:54] Speaker1

Kann wegfallen. Jetzt wachsen die rüber zur Bundesnetzagentur, die kann die aber nicht besetzen, solange sie diesen Vermerk haben und diesen Vermerk. Dem muss das Bundesfinanzministerium beseitigen. Und bis jetzt hat es das nicht gemacht. Und ob es das künftig machen wird? Man weiß es nicht. Vielleicht dauert auch das noch 100 Jahre. Die Bnetza macht aber trotzdem schon jede Menge Dinge mit ihrem winzigen Rumpfteam, das sie dafür hat. Im Mai 24 hat sie schon ihr Beschwerdeportal online geschaltet. Seitdem sind 222 Beschwerden also nicht unendlich viel, aber immerhin. Über dieses Beschwerdeportal eingegangen. Förmliche Verfahren mussten noch nicht eingeleitet werden. Aber Landesmedienanstalten? Die sind für manche Themen zuständig, die kriegen das dann weitergeleitet von der Bundesnetzagentur und die haben dann da Dinge getan. Also zum Beispiel Anordnungen erlassen. Blöderweise geht immer noch nicht der ForschungsdatenZugang, der ist wahnsinnig wichtig und auch mit dem DSA zumindest in der Theorie geschaffen worden, weil damit können dann NGOs oder Forschende untersuchen, ob die Algorithmen bestimmte Dinge tun, die sie nicht tun sollen. Und dann kann man erst was ordentlich dagegen machen. Aber da fehlt noch ein sogenannter delegierter Rechtsakt der EU und solange der nicht da ist, kann man machen nix. Inzwischen hat die Bundesnetzagentur auch den ersten Trusted Flagger zertifiziert. Das sind die vertrauenswürdigen Hinweisgeber und das war am erste zehnte 2024 die Meldestelle Respect. Das ist sehr erfreulich, denn in der EU gab es bis jetzt nur Markenrechte.

[00:20:29] Speaker1

Vertreter als Trusted Flagger und Respekt behandelt eher andere Themen. Da war jede Menge Desinformationen im Umlauf. Trusted Flagger als Zensurbehörde und so ein Kram. Bild und FDP haben in Personalunion quasi diesen Mist verbreitet. Kubicki von der FDP hat nämlich der Bundesnetzagentur in Bild grüne Zensur vorgeworfen. Und das ist unfassbarer Unfug. Der Meldung werden ja nur von einer Plattform, der sie gemeldet werden, prioritär behandelt. Aber mehr zu melden haben solche Trusted Player eigentlich gar nicht. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass Kubicki das nicht besser gewusst hat. Und wenn nicht, ist es auch noch peinlich. Dann gibt es ein kleines Update, noch bevor wir gleich zur Debatte kommen. Zum Thema Dark Patterns Da hat die Europäische Kommission nämlich mal einen sogenannten Fitness Check gemacht, also untersucht, wie ist die Lage da so im Markt mit den Dark Patterns und hat da so ein richtig fettes Arbeitspapier produziert? Das verlinke ich euch in den Shownotes. Es ist super interessant, guckt mal rein, da kommen auch die schon erwähnten 7,9 Milliarden € Schaden her. Die Verbraucher pro Jahr haben durch Dark Patterns suchterzeugende Designs und nicht gekennzeichnete Werbung. Dark Patterns sind verboten laut Digital Services Act, aber es gibt da etliche Ausnahmen und das macht auch die Rechtsdurchsetzung schwierig, weil es entstehen da einfach Unklarheiten. In diesem Papier steht aber auch drin, dass von den befragten Menschen 75 % der Überzeugung sind, dass ihre Daten bei personalisierter Werbung falsch verwendet werden oder unfair. Sie werden also nicht vernünftig geschützt.

[00:22:03] Speaker1

Was ich besonders beunruhigend fand Der Bericht stellt auch fest, dass in den letzten ein, zwei Jahren die Lage eher schlimmer geworden ist, und zwar bei schwer zu kündigenden Abos. Gibt es also mehr und schwerer zu kündigen als vorher. Es gibt mehr digitale Verträge mit missbräuchlichen Klauseln und bei 80 % der Influencer ist Werbung nicht gekennzeichnet, obwohl sie es sein müsste. Und da stehen in dem Papier auch gleich ein paar Forderungen drin, wie man Dinge verbessern könnte. Nämlich zum einen zugunsten der Verbraucher eine Beweislastumkehr einzuführen, aber auch eine sogenannte Fairness by design bei der Produktentwicklung zu haben und das eventuell zu verpflichten über einen Digital Fairness Act. So viel zur Intro in der Debatte. Da hatten wir dann BKA und Bundesnetzagentur anwesend. Die haben auch beide eine kurze Intro gegeben. Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, hat auch die fehlenden Stellen beklagt und dass er nicht mal die Leitung dieses Digital Services Coordinator besetzen kann. Das muss er sozusagen nebenbei machen und jetzt wahrscheinlich noch sehr viel länger als eh schon. Also der Kerl tut mir wirklich sehr leid. Und ansonsten hat er erzählt, dass sie da wahnsinnig viel abstimmen in der EU mit den anderen Digital Services Koordinator, dass sie sich vor allem um den Schutz von Wälen kümmern und darum, dass dieser ForschungsdatenZugang endlich möglich wird. Da arbeitet die Bundesnetzagentur also der EU zu, Das BKA, da wurde uns erzählt, dass erstmal die Grundlagen, dass der Bezug für das für diese Meldungen von Straftaten durch digitale Dienste an das BKA zurückgehen auf Artikel 18 im DSA, aber dass die an das BKA gehen als zuständige Stelle, das steht in Paragraph 13 Digitale Dienste Gesetz.

[00:23:50] Speaker1

Und seitdem die das jetzt machen, hat sich da also ein guter Prozess etabliert. Es gibt eine des, des heißt digitale Eingangsstelle, da kommen diese ganzen Meldungen an, allerdings hätte man auch noch keinerlei Personalressourcen dafür erhalten. Das macht man also irgendwie nebenbei, scheint aber überschaubar furchtbar zu sein, denn seit das DSA in Kraft getreten ist für die Very Large Onlineplattform im August 23. bis zum 31. Oktober 24, also 14 Monate Laufzeit, da hat man Seiten BKA 1357 Meldungen erhalten. Übrigens nur 88 davon sind auf die Very Large Onlineplattform entfallen. Das hat mich sehr überrascht. Die übrigen 1269 waren also von kleineren Plattformen und da krasser Weise die Hälfte von einem einzigen kleinen deutschen Anbieter. Der wurde uns leider nicht genannt, aber ich war sehr neugierig, Hätte was darum gegeben, zu wissen, wer das ist. Wir haben auch einen Input gekriegt zu der Art der Meldungen, also welche da wie häufig waren mit Abstand die meisten Meldungen, nämlich 858, hatten mit dem Thema sexualisierte Gewalt an Kindern zu tun. Und dann kam ganz weit abgeschlagen mit 69 Fällen das Thema Hasskriminalität. 308 waren überhaupt gar keine Straftaten, und bei 122, das war immerhin jeder zehnte Fall, konnte man die gar nicht bewerten, weil irgendwelche Inhalte gefehlt haben? Ja, in der Debatte. Dann haben wir dann das BKA mal darauf angesprochen.

[00:25:24] Speaker1

Das hatte ja wie gesagt, 400 Stellen als Bedarf angemeldet. Es hat 700.000 Meldungen erwartet. Das könnt ihr auch nachhören. Wir haben das im Digitalausschuss am ein und 20. Februar behandelt und in der Podcastfolge 28 habe ich darüber gesprochen. Also 700.000 Meldungen im Jahr Dachten Sie, jetzt sind in 14 Monaten 1500 gekommen, hätten die 400 Stellen gekriegt. Wir haben mit Christian Lindner ja eh nicht gegangen. Aber hätten Sie sie gehabt, dann wären es drei Fälle pro Stelle pro Jahr. Da hat man sich schon sehr verschätzt. Ja, warum war das denn so viel weniger als erwartet? Und warum 50 % von einem einzigen kleinen Anbieter? Das BKA erklärt das so. Also zum einen würden viel zu wenig Unternehmen, also diese digitalen Plattformen, überhaupt wissen, dass sie eine Meldepflicht haben. Da fehlt offenbar die Erkenntnis ihrer gesetzlichen Verpflichtung. Aber es gebe auch gar keine Wege der Rechtsdurchsetzung bei kleinen Diensten. Mit anderen Worten Man kann die zu keinem Bußgeld verdonnern, wenn sie einfach nichts machen. Und dann entscheiden sich viele für dieses Jahr. Zusätzliche Arbeit ist halt nix zu machen. Außerdem Für manche sei auch die Verarbeitung der Meldung irgendwie schwierig. Wurde nicht genauer erklärt. Kann ich also nicht sagen, was damit gemeint ist. Aber vor allem soll ein Grund wohl auch daran liegen, dass die Zahl insgesamt kleiner sei, dass es eine sehr schwammige Vorschrift im DSA gibt. Da steht nämlich nur globalgalaktisch drin. Straftaten, die Leben und Sicherheit von Personen gefährden.

[00:26:55] Speaker1

Straftaten werden nicht konkret genannt, weil es jeweils darum geht, welche Straftaten, die dieser Schublade grob entsprechen, in den jeweiligen Mitgliedstaaten verboten sind. Das steht aber auch im Umsetzungskatalog nicht näher drin und man kann das wohl möglicherweise auch gar nicht so genau reinschreiben. Genau das hat das BKA aber gefordert. Die sagen nämlich Dadurch, dass das so schwammig ist, wird es von den digitalen Plattformen offenbar einfach extrem eng ausgelegt. Das hat auch ein bisschen mit der nächsten Frage zu tun. Die ging nämlich danach. Warum sind denn so viele Fälle zum Thema sexualisierte Gewalt an Kindern? Also warum nicht zum Beispiel mehr zu Islamismus? Also das Traurige in dieser Antwort ist, dass einfach sexualisierte Gewalt an Kindern wahnsinnig verbreitet ist. Es gibt das einfach unfassbar viel. Und das ist ja sowieso nur die Spitze des Eisbergs, die man mitbekommt. Ein anderer Aspekt ist aber der Umstand, dass es da einen absoluten gesellschaftlichen Konsens gibt. Und das ist einfach überall so richtig illegal. Da hat also keiner der internationalen Anbieter irgendeinen Zweifel, dass das strafbar ist. Das wird immer sofort und eindeutig als strafbar erkannt und deswegen auch gemeldet. Im Prinzip auch bei Terrorismus, aber der ist halt sehr viel seltener als sexualisierte Gewalt gegen Kinder und wird deshalb auch weniger gemeldet. Bei allen anderen Straftaten gibt es große Unterschiede der Strafbarkeit in der Europäischen Union. Und wenn die Zweifel haben, dann melden sie einfach eher nicht, weil es gibt ja auch, wie gesagt nicht mal ein Bußgeld und keinerlei Sanktionen.

[00:28:27] Speaker1

Mich hat ja interessiert PI mal Daumen. 1000 Meldungen waren ja strafbare Inhalte. Wie oft die eine Bestandsdatenauskunft nach sich gezogen hat, das konnte man aber so aus dem Lamäng nicht beantworten. Das soll also nachgereicht werden. Das war, was wir vom BKA erfahren haben. Zur BnetzA. Da ging es natürlich auch um fehlende Haushaltsmittel. Ich habe gefragt Wie priorisiert denn die Bundesnetzagentur eigentlich ihre Aufgaben, wenn sie höchstens 50 % der notwendigen Stellen hat? Also an welcher Stelle wirkt sich der Mangel wie aus? Präsident Müller hat noch mal bestätigt Ja, 15 Stellen hat er nur und dann die 33 haben ja diesen kann wegfallen. Vermerk. Also da muss es schon sehr arg priorisieren. Und das macht er zum Beispiel sich damit Behörden in der Europäischen Kommission zu vernetzen, sich vor allem auf große Plattformen zu konzentrieren, wo die Issues halt auch größer sind. Das Thema Integrität der Wahlen wurde hochpriorisiert und aber auch so Themen wie Altersverifikation im Jugendschutzbereich haben sie also mehr behandelt als anderes. Das heißt aber mit anderen Worten das hat er jetzt nicht spezifiziert, was wegfällt. Aber ich rate mal ein paar Sachen. Sie sind ja zuständig für 5000 Dienstleister, von denen laut BKA ganz viele gar nichts wissen, was sie an Pflichten haben. Und die müsste man darüber aufklären. Das müsste die Bundesnetzagentur machen, gerade bei KMU. Und dafür hat sie natürlich gar keine Ressourcen. Vielleicht gibt es auch mehr als einen Trusted Flagger, wenn die mehr Zeit hätten, sich um die Bewerbungen zu kümmern.

[00:29:59] Speaker1

20 soll es schon geben. Der Prozess ist aber soll sehr sorgfältig gemacht werden, die Zertifizierung. Und dann geht es halt nicht. Wenn sich da vielleicht von den 15 Hanseln nur einer um dieses Thema kümmern kann. Die AfD übrigens, die hat sich beschwert. Die meinte nämlich, seit zwei oder drei Wochen würde sie keine Antwort kriegen auf einen ganz ausführlichen Fragenkatalog an die Bundesnetzagentur. Das fanden sie gemein und fanden sie vorsätzlich. Und böse ist es wahrscheinlich einfach nicht. Die haben halt keine Leute. Nicht erfahren habe ich übrigens, zu welchen Themen denn? Die bisherigen Beschwerden bei der Bundesnetzagentur waren ja über 200, die da eingetrudelt sind, eingereicht worden sind. Ich wollte insbesondere wissen, welchen Anteil hatten denn Dark Patterns? Das ist was, Das nervt mich eigentlich jeden Tag und überall. Ich melde da ja selber auch nix, aber mich würde interessieren, ob sich andere Menschen die Mühe machen, diese Pest aus dem Internet zu verbannen und die wenigstens zu melden, weil dann gibt es eine Chance was zu tun. Sehr intensive Debatten gab es zum Thema Trusted Flagger. Da wurden also eine ganze Reihe rhetorischer Fragen an die Bundesnetzagentur gestellt, um explizit Fake News auszuräumen. Das war ja ein öffentlicher Tagesordnungspunkt. Also da konnten auch Leute im Livestream zugucken. Also zusammengefasst Nein, die Bundesnetzagentur darf keine Inhalte selber löschen und das gilt auch ganz genauso für Trusted Flagger. Keine Zensurbehörde, da wird nichts von denen gelöscht.

[00:31:21] Speaker1

Und nein, Deutschland hat auch keinen Sonderweg mit irgendwelchen Trusted Flaggern. Das ist ein komplett EU einheitlicher Prozess bis hin zur Art der Zertifizierung und der EU Länder haben längst Trusted Flagger zertifiziert. Und nein, das BMWi hat doch gar keinen Einfluss auf die Bundesnetzagentur ausgeübt. Bestimmte Trusted Flagger zu zertifizieren. Es gab gar keinen Austausch von der Bundesregierung mit der Bundesnetzagentur dazu. Die agieren da wirklich komplett unabhängig. Eine Frage gab es offenbar gab es da auch eine öffentliche Debatte da draußen irgendwo auf Telegram. Wahrscheinlich eine Frage zum Zertifizierungsleitfaden. Der hat nämlich irgend so einen Anhang. Und in diesem Anhang sollen, das wurde nicht genau beschrieben, komische Punkte enthalten sein. Uns wurde erzählt, dieser Leitfaden, der wurde in der EU gemeinsam erarbeitet. Die Federführung, die hatte der französische Digital Services Koordinator und deswegen war dieser Leitfaden in französischer Sprache verfasst. Der wurde quasi übersetzt, vielleicht von Chad GPT. Das wurde nicht nicht gesagt, aber auf jeden Fall scheint er spezifisch auf die französische Rechtslage angepasst zu sein. Da haben wir dann nachträglich mal nachgeguckt in diesem ominösen Anhang. Ich hatte im Digitalausschuss zum Ersten Mal davon gehört und tatsächlich gibt es in Anhang eins eine etwas dubiose Beschreibung möglicher illegaler Inhalte, die wahrscheinlich über das hinausgehen, was nach deutschem Recht strafbar ist. Da steht zum Beispiel was von Inhalte mit negativen Auswirkungen auf den zivilen Diskurs. Das kann ja echt alles so nix sein. Ich verlinke euch, das könnt ihr euch dann selber auch mal angucken.

[00:32:58] Speaker1

Da hat die Bundesnetzagentur klargestellt, wie das entstanden ist und dass das ja eh nur ein Leitfaden sei und dass für die Trusted Flagger in Deutschland selbstverständlich die Definition illegaler Inhalte nach deutschem Recht gilt und sonst halt einfach nix. Und das gilt natürlich auch für die Plattform. So, also alles klar. Ein bisschen mehr Sensibilität angesichts dieser ganzen Verschwörungstheoretikerinnen da draußen hätte ich schon gut gefunden. Aber ehrlich. Andererseits, wenn du 15 Leute hast und 99 brauchst. Da fällt halt eine unpassende Übersetzung eines Anhangs von irgendwas halt auch mal durchs Raster. Übrigens kam von der FDP auch noch Zweifel an der rechtmäßigen Zertifizierung der NGO. Respekt. Man vermutete da eine mangelnde Objektivität und es gab die direkte Frage Wird da jetzt geprüft, ob die das wieder aberkannt kriegen? Aber nee, da wird nix geprüft, denn bei der Bundesnetzagentur sind keinerlei Beanstandungsgründe für Respekt eingetrudelt. Höchstens Beleidigungen wahrscheinlich oder irgendwelche Unterstellungen. Und es wurde noch mal betont, dass Respekt seit Jahren als Trusted Flagger aktiv ist, sehr erfahren ist und es da einfach keinerlei Gründe gibt. Also ich persönlich finde toll, was die Bundesnetzagentur mit ihren 15 Leuten da geschafft hat. Ich verzeihe denen kleinere Pick ups und ich hoffe wirklich für die, dass die nicht bis September 2025 auf einen Haushalt warten müssen. Denn ohne Personal kannst du halt nicht sinnvoll arbeiten. Die Bundesregierung sieht das übrigens anders. Habe ich so herausgelesen. In der Antwort auf meine schriftliche Frage stand nämlich nicht nur eine Tabelle mit den Personen, die da gebraucht werden, aber nicht zur Verfügung gestellt werden, sondern auch ein Satz, der sagt, dass man aus der Differenz zwischen dem Personalbedarf und den vorhandenen Stellen nicht auf den Grad der Aufgabenstellung schließen könne.

[00:34:51] Speaker1

Ist also offensichtlich. Egal, ob man die Leute, die man braucht, auch hat oder nicht. Ja, ich lasse den Satz mal für sich selber wirken, Denkt euch euren Teil. Naja, dann hatten wir ja noch das Thema Haushaltsberatung, BMI und BMVg. Super wichtig, aber durch das Ampelaus auch leider relativ hilflos, weil das ein öffentlicher Topf war. Wäre es in der Länge haben will. Guckt es euch selber an hier nur ultra kurz, ein bisschen, aber trotzdem. Ich wollte es nicht ganz weglassen, weil es sagt uns viel über die Ampel und wie beschissen ihre Haushaltsplanung war. Das Erbe also, dass Christian Lindner uns allen hinterlassen hat in dem nun hilflosen Entwurf für das BMI. Für den Haushalt 25 standen brutale Kürzungen in essentiellen Bereichen drin, zum Beispiel Cybersicherheit und BSI. Das BSI sollte 21 Millionen weniger kriegen. Eine krasse Kürzung im Titel Zuschüsse zur Förderung der IT Sicherheit von 26 Millionen runter auf 0,5 auf 0,5. Da kannst du fast gar nichts mehr machen. Auch der BSI posten IT und Cybersicherheit. Der hatte nur 6,5 Millionen, aber immerhin. Der sollte künftig nur noch 2,5 Millionen haben. Auf meine Frage Wieso, weshalb, warum bekam? Das sind ja gar keine richtigen Kürzungen, sondern das sind ja Konjunkturmittel ausgelaufen und das BSI könne seine Arbeit ja trotzdem super machen.

[00:36:15] Speaker1

Mittelfristig, irgendwann mal, da gäbe es ja auch 33 Millionen für Rechenzentren beim BSI und ganz viele neue Aufgaben wie die NIS zwei Umsetzung. Die kommen ja auch erst 2026, das kann ja dann da in den Haushalt. Aber nee, das ist Bullshit. Schon in 2024 fehlen laut Präsidentin des BSI 37 Millionen, um schon die aktuellen Aufgaben gut zu machen. Und seither ist die Lage eigentlich nur kritischer geworden, weil die Cybersicherheitsbedrohungen einfach größer geworden sind. Ich habe auch mal gefragt wegen Haushaltsmitteln, hat man mir mitgeteilt, sind ja sieben der 49 Maßnahmen der Cybersicherheitsagenda zurückgestellt worden. Und diesen Haushalt hat man Sicherheitshaushalt genannt. Was davon wird denn jetzt mit diesem Sicherheitshaushalt umgesetzt? Keine sinnvolle Antwort. Alle Agendapunkte will man weiter umsetzen. Das ist eine No Antwort, weil ich habe ja schriftlich gekriegt, dass die zurückgestellt worden sind und offensichtlich ändert sich da nichts. Aber es ändert sich ja eh nichts, weil der Haushalt kommt ja gar nicht mehr im Bereich digitale Souveränität und Open Source. Da gab es die übelsten Kürzungen. Am 5. November gab es dazu auch einen offenen Brief von mehreren Organisationen der Open Source Business Alliance. Von Lovat von der AGRitis verlinke ich euch unten. Unter anderem soll im Bereich Digitale Souveränität die IDKO, die ist super wichtig von 43 Millionen auf unter 10 Millionen gekürzt werden. Die sollen zum Beispiel den IT Planungsrat koordinieren. Die sollen Standards entwickeln und betreiben Ganz wichtige E Government Elemente wie den Einer für alle Marktplatz sollen die betreiben, die Verwaltungscloud sollen die dauerhaft betreiben.

[00:38:00] Speaker1

Also wirklich viel. Aber danach gefragt hat der Staatssekretär des BMI nur den Ressourcenmangel auch bedauert? Es gäbe halt eine Haushaltsmangllage, den Gürtel müsse man enger schnallen, da sei man gerade beim Thema Digitalisierung leider zu Priorisierung gezwungen. Und de facto heißt das für Fittko eine Finanzierungslücke von 44 Millionen €. Da hoffte er auf Ausgabereste, für die man aber vom BMF abhinge, also von zu dem Zeitpunkt noch. Christian Lindner Das Zen des ihr wisst, das sind die, die für Open Source Themen in der Verwaltung zuständig sind. Die sollten zusammengestrichen werden von 46 Millionen in 2023, in diesem Jahr von 46 Millionen auf 24 runter. Aber im nächsten Jahr sollen die nur noch 2,7 Millionen kriegen. Das ist ja unfassbar. Hallo? Die machen Open Code, die Open Source Code Plattform. Die machen Open Desk als die Chance, aus der Microsoft Cloud rauszukommen und aus dieser Abhängigkeitsspirale. Deswegen habe ich auch mal nachgefragt. Es sollte ja ein bundesweiter Rollout auch von OpenDesk in 25 beginnen. Wie viel Mittel denn dafür vorgesehen sind? 1,4 Millionen soll es in der Finanzplanung für Centis geben. Das war dann irgendwie schon wieder weniger als die 2,7, von denen ich noch gehört hatte. Aber von diesen 1,4 Millionen ist auch nur 1/3 für OpenDesk vorgesehen. Leute, da sind wir bei ein paar lächerlichen 100.000 Euronen und ihr erinnert euch an die Milliarden, die für proprietäre Anwendungen unter anderem allein an Microsoft fließen? Das ist einfach unglaublich.

[00:39:48] Speaker1

Also die Abstimmung mit dem BMF, die laufe wegen irgendwelcher eventuellen Ausgabereste. Aber das hat sich ja alles erledigt. Bei der Registermodernisierung das gleiche Trauerspiel. Das ist der Backbone der Verwaltungsdigitalisierung. Die kriegen 10 Millionen und es fehlen auch hier über 44 Millionen Bei der AID fehlen 80 Millionen. Da gibt es zwar 40, aber die reichen ausschließlich für die Wallet, die man da plant und sonst für nix. So viel vielleicht als kleine Insight zum BMI Haushalt, der ja leider hinfällig ist. Aber wisst ihr Bescheid zum BMVg? Noch ein bisschen kürzer, Da ging es mir vor allem um das Thema Einsatz von künstlicher Intelligenz. Die kann man im Haushalt nämlich nicht so gut finden. Und ich habe ja auch in meiner Kleinen Anfrage KI danach gefragt. Und das Bundesverteidigungsministerium hat sich also vehement gegen Informationen oder Auskunft an mich gewehrt. Ich verlinke euch da übrigens auch meinen neuen Blogpost zu dem Thema Dickes Brett. Dieser Blogpost sehr lang, aber er lohnt sich. Auf jeden Fall nutzte ich die Gelegenheit, mal im Ausschuss danach zu fragen. Auf die kleine Anfrage kam mir nichts. Die Antwort kriege ich aber auch nachgereicht und kann euch wahrscheinlich davon nichts erzählen, weil sie soll eingestuft werden mit höchster Wahrscheinlichkeit. Ein paar Infos haben wir aber direkt erfahren. Ein Schwerpunkt ist die Digitalisierung des Gefechtsfeldes. Man will zum Beispiel da auf Software Defined Defense hinaus und man würde unter anderem ein Search GPT für die bessere Internetsuche entwickeln.

[00:41:23] Speaker1

Spannend fand ich ja auch noch, was das BMVg im Kampf gegen Desinformation macht. Wir hatten ja neulich das Thema CRM. Also diese neue Arbeitsgruppe im BMI, die sich um Desinformation kümmert. So eine interministerielle Arbeitsgruppe. Aber Desinformation macht ja auch das BMVg im Cyber und Informationsraum. Und die haben richtig viel Ressourcen, diese kleine, winzige Arbeitsgruppe. Aber nur 1,2 Millionen. Deswegen habe ich gefragt Arbeiten die eigentlich zusammen Und kann vielleicht das BMVg ein bisschen Geld mitbringen? Nope, geht nicht. Die arbeiten auch nicht zusammen. Es gebe da ganz klare Aufgabenbereiche Trennung zwischen Militär und Zivil Das Bundesverteidigungsministerium, das guckt sich Desinformationen nur mit explizitem Bezug auf die Truppe an, und zwar vor allem bei Auslandseinsätzen. Das war jetzt also wirklich nur super kurze kleine Glimpse auf das Thema Haushalt. Mehr lohnt aber auch nicht, weil es kommt ja eh alles ganz anders. Aber ihr könnt an der Stelle noch mal sehen, wie heftig Fehlstellen und Widersprüche der Ampel waren. Dann gibt es jetzt noch einen Bericht zum Thema Künstliche Intelligenz, wie ihn die OECD über Deutschland geschrieben hat. Wir haben ja seit 2018 eine KI Strategie in Deutschland. Die wurde von der GroKo 2020 aktualisiert und die aktuelle Regierung wollte offenbar den Umsetzungsstand analysieren und hat selber einen Auftrag erteilt, nämlich vom BMAS, BMWK und BMBF an die OECD. Die sollten also Deutschland unterstützen mit ihrer Analyse durch ein internationales Benchmarking des deutschen KI Ökosystems. Vielleicht haben Sie dafür auch bezahlt? Könnte ich mir vorstellen.

[00:43:06] Speaker1

Wenn man den Bericht so anguckt, riecht es ein bisschen danach. Dieser Bericht war jedenfalls am 11. Juni schon fertig, wurde auch dem Bundestag übergeben, stolze 189 Seiten und in dieser Woche wurde der im Ausschuss diskutiert. Die Bundesregierung selber glänzte durch Abwesenheit. Anwesend war nur die Leiterin des OECD Berlin Center, Dr. Nicola Brandt. Hätte ja gerne auch wen aus der Bundesregierung da gesehen. Aber man kann ja auch kritische Fragen an die Dame von der OECD stellen. Natürlich verlinke ich euch den Bericht in den Shownotes, aber was steht denn da so drin? Also ein bisschen überschwänglich steht da Lob drin. Vielleicht wegen der Auftraggeber. Das ist schon sehr früh. Eine Strategie gab, dass man in der Forschung vorne mit dabei sei, dass es ausreichend Rechenkapazitäten gäbe und dass insgesamt Deutschland ganz gut positioniert sei, um im globalen Wettbewerb auch mithalten. Wenn man aber sich das Kleingedruckte angesehen hat, hat man trotzdem zum Teil vernichtende Kritik darin gefunden. Zum Beispiel steht da, dass die lückenhafte digitale Infrastruktur insbesondere in ländlichen Gebieten die Verbreitung von KI einschränkt. Denn no brainer. Man braucht ein flächendeckendes, leistungsfähiges Internet als Grundvoraussetzung für Datentransfer und Verfügbarkeit. Mit dem Recht auf LAN im Internet wird es natürlich nüch. Ja, und dann stand auch drin Im öffentlichen Sektor mangelt es an Klarheit über die Rollen und die Aufsicht bei der KI Umsetzung. Verschiedene Ministerien würden sich jeweils eigene Regeln für die Nutzung von KI geben und es fehlt halt eine Art zentralisierter Ansatz.

[00:44:42] Speaker1

Das BGE, von dem ich euch schon öfter erzählt habe, das Beratungs und Evaluationszentrum für künstliche Intelligenz, das ist ja seit Jahren im Aufbau. Es soll eine solche zentrale koordinierte Stelle werden. Fun Fact Der Bericht des OECD geht davon aus, dass dieses BGE schon arbeitsfähig ist. Und als kleine Projektgruppe existiert es ja auch schon. Ich frage mich aber trotzdem, woher sie eigentlich diese Erkenntnis haben, denn schriftlich schreibt man mir immer nur, das sei ja immer noch im Aufbau. Der Bericht kritisierte auch die KI Strategie. Die stammt ja noch von der GroKo, wurde seitdem nicht aktualisiert und es wird kritisiert mit den gleichen Argumenten wie ich. Da haben Sie eine gewisse Gemeinsamkeit mit der Ampel. Es gibt keine Roadmap für die Umsetzung, keine konkreten Schritte, keinen Zeitrahmen. Es fehlen Ziele und Indikatoren zur Messung der Fortschritte gibt es auch nicht. Und der OECD Bericht stellt lapidar fest Im Vergleich zu anderen OECD Ländern hat Deutschland eine geringere digitale Reife und eine geringere Digitalisierung von Dienstleistungen im öffentlichen Sektor. Jupp kommt einem bekannt vor und insbesondere sei auch laut OECD Index zur Weiterverwendbarkeit öffentlicher Verwaltungsdaten. Der heißt Our Data Index 23 der Vergleich Gestaltung und Umsetzung nationaler Open Government Data Strategien. Da hinkt Deutschland bei der Verfügbarkeit von Daten und bei der Unterstützung der Weiterverwendung von Daten ganz erheblich hinterher. Also das alles steht ungefähr in diesen 189 Seiten und wie ihr euch denken könnt, noch sehr viel mehr. Mir ging es vor allem um den Einsatz von KI im Bund.

[00:46:24] Speaker1

Ihr kennt ja meine kleinen Anfragen dazu vielleicht. Da war sehr viel Positives zu lesen im Report. Leider vieles davon falsch. Darauf komme ich gleich noch. Die Debatte selber war wahnsinnig langweilig. Egal auf welche Frage, es gab immer eine nichtssagende Antwort der Vertreterin der OECD. Irgendwann hat sie selbst erwähnt, dass sie den Bericht ja gar nicht selbst geschrieben hätte. Ich habe am Ende daran gezweifelt, ob sie ihn überhaupt gelesen und verstanden hat. In ihrem Eingangsstatement beschrieb sie Das hat mich ja tatsächlich überrascht, dass Deutschland bei der Forschung so stark sei. Platz fünf weltweit bei Veröffentlichungen zu KI. Platz vier Sogar bei den Situations auf Rang drei sind wir global bei der Rechenkapazität, aber in Deutschland wird die fast nicht fast ausschließlich, aber zu einem weit überwiegenden Teil für Forschung genutzt. Sehr viel weniger für Unternehmen. Beim Einsatz von KI im Unternehmen sind wir zwar im OECD Durchschnitt, aber sehr weit von den Spitzenreitern entfernt. Unter anderem, weil die Netzinfrastruktur bei uns so scheiße ist. Weil wir Fachkräftemangel haben. Da bräuchte es mehr kurze Studiengänge, um schneller Leute weiterzubilden und weil wir allgemein so gering digitalisiert sind in Deutschland. Dieser etwas lahme Debatte für euch zusammengefasst ist so an Erkenntnissen Es braucht auch mehr Risikokapital für Startups, am liebsten in einer EU Kapitalmarktunion. Kmu brauchen mehr Beratung für die Umsetzung der KI Verordnung, die übrigens noch nicht in deutsches Recht umgesetzt ist. Und wer weiß, wann das kommt.

[00:47:57] Speaker1

Diese Umsetzung sei äußerst dringlich und es gäbe zwar sehr, sehr viele Förderprogramme, aber sie seien sehr unübersichtlich. Das stimmt. Da fließen Hunderte von Millionen. Naja, manche Antworten der Kollegin von der OECD, die ging sogar komplett an der Frage vorbei. Ich gebe euch mal unterhaltsame Beispiele. So wurde unter anderem gefragt, ob sich der Bund nicht an Baden Württemberg ein Beispiel nehmen sollte mit der Förderung von Aleph Alpha auch als Testkunde und wie allgemein der Einsatz von KI im Bund eingeschätzt würde. Und da kam die Danebenantwort Es braucht einen Austausch zwischen den Akteuren von Bund und Ländern. Interoperabilität ist ja wahnsinnig wichtig. Es fehlt aber ja die Basis Digitalisierung. Und es gibt ja doch einzelne Versuche, überall in Deutschland, in Bund und Ländern KI einzusetzen. Oh Mann, das war echt an der Frage vorbei. Und manchmal war es wahnsinnig anbiedernd an die Ampel, so dass es echt schon weh getan hat. Eine Frage ging zum Beispiel Braucht dann diese etwas in die Jahre gekommene KI Strategie nicht mal ein Update? Nö, meint sie, ist doch gut, dass es eine gibt. Überhaupt, man kann ja nicht ständig Strategien aktualisieren. Also nö. Doch mal eine Nachfrage. Diese Strategie wurde 2018 geschrieben. 2020 zuletzt aktualisiert. Seitdem ist ja ein bisschen was passiert. Stichwort Chat GPT und so. Braucht es da nicht ein Update? Na ja, vielleicht. Eventuell könnte man da mal drüber nachdenken. Also da haben wir schon alle ein bisschen Äuglein gerollt, muss ich sagen. Diese Large Language Models GPT und Konsorten, die haben ja schon doch sehr viel verändert.

[00:49:45] Speaker1

Also unfassbar. Außerdem steht im Bericht ja selber drin, wie unvollständig die Strategie ist und was an ihr alles fehlt. Daraus alleine müsste logisch folgen, dass es ein Update braucht. Aber eine Kritik an der Bundesregierung war aus dieser Frau nicht herauszulocken. Ich habe dann sehr konkret gefragt zu merkwürdigen Statements zum Thema KI im Bund. Da steht nämlich tatsächlich in diesem Bericht schwarz auf weiß. Ich zitiere mal Die Bundesregierung hat ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, alle im öffentlichen Sektor laufenden KI bezogenen Anwendungen zu ermitteln und öffentlich und transparent darüber zu berichten. Dies wurde am deutlichsten bei der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der politischen Opposition. Und da stand auch eine Drucksache dabei und es war tatütata. Meine Kleine Anfrage WTF? Nicht nur ich habe das komplett anders bewertet. Also von wegen alle im öffentlichen Sektor laufenden KI bezogene anwenden Anwendungen transparent gemacht. Der Bundesrechnungshof sah das auch anders. Der hat 2023 einen Bericht geschrieben und die Bundesregierung dafür gerügt, dass sie genau in dieser hochgelobten Antwort auf meine Kleine Anfrage 60 % der eingesetzten KI Systeme überhaupt nicht erwähnt hat. Nicht einmal die Hälfte hat sie mir verraten. Von wegen der im OECD Bericht erwähnten alle KI Anwendungen. Das ist echt eine Frechheit. Das ist kein gutes und ein besonders schlechtes Beispiel, nämlich die Bundesregierung ist gesetzlich verpflichtet, vollständig auf parlamentarische Anfragen zu antworten. Macht sie selten, aber in dem Fall wirklich mal so gar nicht.

[00:51:29] Speaker1

Und im OECD Bericht steht als Gegenteil drin. Ich habe noch mal gesagt, meine drei Jahre, die ich jetzt schon solche kleinen Anfragen zu KI im Bund stellen, belegen alle drei strukturelle Intransparenz. Auch 2024 hat man mir viele KI Systeme nicht genannt. Sicherheitsbehörden nicht, weil Informationen das Staatswohl gefährden. Nicht mal die Frage nach der Anzahl dieser KI Systeme wollte man mir verraten. Im Verteidigungsministerium hat man mir alle KI Systeme verschwiegen, die dem IT Dienstleister zugeordnet worden sind. Das ist nämlich eine GmbH. Die gehört zwar zu 100 % dem Bund, aber nö. Da braucht es ja gar keine Transparenz, keinerlei parlamentarische Kontrolle, Obwohl Teile dieser KI Systeme auf öffentlichen Konferenzen vorgestellt werden und zum Teil sogar auf der Webseite des BMVg stehen. Aber nicht in meiner Antwort auf die Kleine Anfrage. Ich wollte von der Dame also wissen kann sie mir irgendwie erklären, wie es zur Feststellung der vermeintlich vollständigen Transparenz kam? Diese Kritik war ihr nicht bekannt, aber sie nimmt das mal mit geschenkt. Also der Bericht wird ja nicht mehr geändert. Da steht jetzt für immer und für alle OECD weit lobhudele falscher Bullshit drin. Dabei hätten die mich einfach nur Fragen brauchen. Ich wollte zumindest auch noch wissen, wie sie denn die mangelnden organisatorischen Voraussetzung um Bund bewertet. Es fehlt ja immer noch diese Algorithmenbewertungsstelle für Behörden mit Sicherheitsaufgaben. Es fehlt die zentrale Koordinierung, verbindliche Standards zum Beispiel zur Risikobewertung. Und trotzdem wendet der Bund immer mehr grundrechtssensible KI Anwendungen an.

[00:53:09] Speaker1

Wie bewertet sie das denn? Erstmal gar nicht, weil offenbar weiß sie das alles nicht so genau. Da reicht sie auch irgendwas nach. Ehrlich gesagt, nach der Qualität dieses Berichts hält sich meine Neugier auf die Nachreichung auch total in Grenzen. Also mein Fazit Auch knapp 200 seitige Berichte der OECD, die von außen professionell aussehen, sind es nicht immer. Dieser jedenfalls ist es nicht. Soweit ich das beurteilen kann. Für mich ist es trotz punktueller Kritik einfach in großen Teilen ein Gefälligkeitsgutachten für die Ampel. Schade. Verpasste Chance. Und damit kommen wir zum nicht digitalen Teil, dem Ampel aus. Erst gab es ja den furchtbaren Schock der Trumpfwahl, paar Stunden später die Nachricht. Ampel aus. Genauer genommen Jeder hat es mitgekriegt. Jede. Auch die Entlassung von Finanzminister Lindner durch Kanzler Scholz im Laufe des Donnerstags. Dann Rücktritte von zwei weiteren FDP Ministern und von drei Staatssekretärinnen. Diverse Sondersitzungen bei uns und bei anderen. Und dann die Überraschung Wissing bleibt digital und Verkehrsminister. Und er trat sofort aus der FDP aus. Und einen neuen Finanzminister haben wir auch am Donnerstag vereidigt, wo ich das aufnehme. Ist gerade Donnerstagabend. Da steht nur ein bisschen was fest. Also es wird Neuwahlen geben. Wann genau, ist unklar. Kanzler Scholz möchte am 15. Januar die Vertrauensfrage stellen. Ob er das so lange aufschieben kann, ist unklar. Wenn es aber beim 15. Januar bleibt, hat der Bundespräsident 21 Tage Zeit, den Bundestag aufzulösen. Danach sind dann 60 Tage später spätestens die Wahlen.

[00:54:49] Speaker1

Könnte also spätestens am 30. März oder 6. April der Fall sein. In der Zeit gibt es keinen Bundestag, weil der ist ja aufgelöst. Keine Ausschüsse, kein gar nix. Also dann habe ich sozusagen nichts mehr richtig zu tun, außer mein Büro aufzulösen. Bis dahin will Scholz aber noch paar Gesetze durchbringen. Ob sich dafür Mehrheiten finden lassen, hängt am allermeisten von der CDU ab, die nach bisherigen Äußerungen aber so gar keinen Bock darauf hat. Merz will halt ganz schnell Kanzler werden. Also vielleicht ist alles noch schneller vorbei. Das Ganze ist natürlich eine totale Katastrophe, wahnsinnig verantwortungslos. Also ich komme damit immer noch nicht klar. Wir sind mitten in der Wirtschaftskrise. Wir haben einen unfassbaren Investitionsstau, Wir haben die möglichen Folgen der Trump Präsidentschaft. Und die Bundesregierung hat nichts besseres zu tun, als Deutschland lahm zu legen oder zumindest die Regierung und ihre Männer Egos zu pflegen. Das ist echt bitter. Den Haushalt. Wir sind ja mitten in den Haushaltsberatungen. Den können wir nicht beschließen. Das heißt, ab Januar, das sind ein paar Wochen, liegen sämtliche Investitionsprogramme auf Eis. Der Haushalt kommt ja nicht direkt nach den Neuwahlen, sondern erstmal finden Sondierungen statt. Die können sich ziehen. Das sehen wir gerade an Thüringen. Da muss eine Koalition gebildet werden. Das ist viel komplizierter geworden, kann sich auch ziehen. Dann muss in der neuen Koalition ein Konsens gefunden werden darüber, wie man gerne den Haushalt gestalten will. Dann spätestens wird die Sommerpause eingetreten sein. Und dann muss man das ja auch noch im Parlament verabschieden.

[00:56:27] Speaker1

Das dauert auch ein paar Wochen. Also vor September 2025 wird das auf gar keinen Fall was. Wir werden also ein 3/4 Jahr haben ohne richtigen Haushalt. Das heißt, es gibt vorläufige Haushaltsführung und nur gesetzliche Verpflichtungen, die schon existieren. Die können bezahlt werden, alles andere nicht. Der Investitionsstau wird noch größer. Zum Beispiel fallen die 2 Milliarden Breitbandausbau Förderung einfach weg. Stellen für neue Aufgaben fehlen weiter, zum Beispiel bei der Bundesnetzagentur. Ganz viele Fördervorhaben liegen auf Eis. Und das betrifft leider und da bricht es mir das Herz, erst recht viele zivilgesellschaftliche Initiativen. Manche von denen, die gehen vielleicht daran richtig pleite. Die müssen Leute entlassen, die da ewig Kompetenzen aufgebaut haben. Also da werden wir noch ganz schlimme Sachen hören, da bin ich mir ziemlich sicher. Außerdem heißt das aber jetzt jenseits von Haushalt auch noch, dass ganz viele überfällige EU Regulierungen einfach weiterhin nicht umgesetzt werden. Mehrere Richtlinien zur Sicherung kritischer Infrastrukturen das NIST zwei Gesetze, das Kritis Dachgesetz sind überfällig. Das kann einfach nicht sein, dass die erst irgendwann im Mai kommen. Das wäre unfassbar. Die KI Verordnung muss umgesetzt werden. Das ist auch noch nicht passiert. Ab nächsten Sommer soll aber die Bundesnetzagentur schon Aufsichtsbehörde sein. Der doch nicht meine Rechtsgrundlage und alles, was die Ampel sonst vor sich hergeschoben hat, passiert auch nicht mehr. Das Demokratiegelgesetz Demokratiefördergesetz kommt nicht. Das Recht auf Open Data kommt nicht. Die Erhöhung des Rechtsanspruch auf schnelleres Internet seit Sommer 23 überfällig, kommt nicht.

[00:58:08] Speaker1

Die Entkriminalisierung der IT Sicherheits Forschung kommt nicht. Und ich könnte das noch leider fortsetzen. Und was jetzt nicht digital ist, mir aber mindestens genauso weh tut, ist, dass wir auch die Liberalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen nicht kriegen. Und das in einer Zeit des Backlashs gegen Frauenrechte. Unfassbar. Mit der nächsten, wahrscheinlich noch viel konservativeren Regierung wird es dieses Möglichkeitsfenster nicht mehr geben. Das nehme ich der Ampel am meisten übel. Dass sie das verkackt hat, ist einfach unerträglich. Das hat man alles davon, wenn man sich auf eine FDP einlässt. Die sind einfach nicht regierungsfähig. Die sind nicht kompromissfähig. Die sind und bleiben einfach eine beschissene Ich, Ich, ich Partei. Ausgerechnet der von mir allerdings super oft kritisierte Digitalminister Volker Wissing scheint ein bisschen anders drauf zu sein. Digitalpolitisch will ich da nichts anders bewerten als zuvor. Aber dass er aus der FDP ausgetreten ist und Verantwortung übernommen hat und damit seine Parteikarriere quasi sofort komplett beendet hat. Der war nämlich auch Landesvorsitzender in Rheinland Pfalz. Also das ringt mir schon einen gewissen Respekt ab. Und nein, falls ihr das denkt, er macht das wegen Geld und so. Nö, braucht er nicht. Der hat tatsächlich einfach Rückgrat bewiesen und das gibt es nicht besonders häufig. Also dafür habe ich wirklich Respekt. Ich verlinke euch nochmal einen Artikel, den er vor dem Rausschmiss von Lindner aus der Fraktion in der FAZ geschrieben hat, wo er nämlich ein Plädoyer für den Erhalt der Ampel Geschrieben hat.

[00:59:43] Speaker1

Und ich habe mich heute mit ihm auf dem Flur auch eine ganze Weile unterhalten und er hat mir noch mal seine Beweggründe dafür erklärt und hat mir erklärt, wie wichtig in einer Regierung es ist, Kompromisse zu finden und Verantwortung für ein Land zu übernehmen in einer Situation, wo es drauf ankommt. Und genau das ist es. Lindner hat einfach im falschen Moment nur noch an sich selber gedacht und vielleicht an die Partei. Wobei ich sicher bin, dass er der Partei damit keinen Gefallen getan hat. Niemand von euch wird hoffentlich jemals die FDP wählen und ich hoffe alle anderen auch nicht. Naja, was wir jetzt noch hoffen ist, dass das Parlament jenseits von Wahlkampfgetöse und Eitelkeiten tatsächlich Verantwortung übernimmt, nämlich den Haushalt verabschiedet. Ja, ein Parlament. Das kann es auch unabhängig machen davon, ob eine Regierung existiert oder nicht oder eine Regierung eine Mehrheit hat oder nicht. Man könnte als Parlament den kompletten Stillstand verhindern. Dazu braucht es aber eine Koalition der Vernünftigen, und zwar am allermeisten ein paar Leute von der CDU um die Mehrheit zu haben. Da gibt es ja genug Dinge, die mehrheitsfähig sind, die eigentlich so ziemlich alle wollen. Ein Ausgleich für die kalte Progression, wichtige Investitionen in Infrastruktur, zum Beispiel Breitbandausbau, Investitionen für Cybersicherheit. Die Umsetzung von EU Regulierungen, die eh Pflicht sind und am allerliebsten bitte, bitte auch die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs für die Fachpolitik, fürs Digitale. Ehrlich gesagt ist nicht mal klar, ob es noch digitale Ausschüsse gibt.

[01:01:18] Speaker1

Möglicherweise habe ich das letzte Mal in einem Podcast über einen Digitalausschuss berichtet. Vielleicht gibt es auch wieder welche. Niemand kann das bis jetzt sagen. Ihr werdet aber auf jeden Fall nächste Woche einen Podcast zu hören kriegen. Ich werde euch da was erzählen. Ein Update zum Geschehen im Bundestag. Ich kann ja immer noch Anfragen stellen an die Bundesregierung. Das werde ich auch weiter machen. Die müssen auch weiter beantwortet werden. In der nächsten Folge wissen wir dann hoffentlich ein bisschen mehr. Meine Terminhinweise jetzt am Ende ja, die sind auch so ein bisschen unter Vorbehalt, weil diese Woche ist die Tagesordnung zu 90 % ausgefallen. Keine Ahnung, ob nächste Woche tatsächlich die geplante Anhörung zum Data Governance Gesetz stattfindet. Wenn ja, wäre es am 13:11. Da müsst ihr die News verfolgen. Ich hoffe inständig, dass die Anhörung Open Source am 4. Dezember weiterhin stattfindet. Die hat er zumindest nicht mit dem Gesetzesvorhaben zu tun. Also könnte man sie ja trotzdem machen, aber man weiß es nicht. Eine kleine parlamentarische Initiative von mir möchte ich euch auch noch ganz kurz und damit bin ich dann aber auch am Schluss noch vorstellen, nämlich eine überraschend ertragreiche schriftliche Frage zum Thema Blockchain. Manche gehen ja vorzeitig ins Grab, andere finden den Friedhof einfach nicht. So geht es auch offenbar dem Blockchain Hype. Ich wollte ja eigentlich nur mit schriftlicher Einzelfrage wissen, ob immer noch Blockchain Projekte durch die Bundesregierung gefördert werden und was eigentlich aus den vielen, vielen vorherigen Förderungen Förderungen geworden ist.

[01:02:49] Speaker1

Da kam dann eine richtig fette Antwort. Übrigens in einem entsetzlichen Datenformat ein PDF Verbrechen. Guckt es euch an, ihr findet es auf meiner Website. Ich verlinke es euch auch. Zu den Fakten nur ganz kurz In diesem Jahr in 2024 sind 29 Millionen € Fördergelder für Blockchain ausgegeben worden. erinnert ihr euch noch, wie viel Cent es im nächsten Jahr kriegen soll? Ich glaube, es war 1,7 Millionen. 29 Millionen hat fucking Blockchain in diesem Jahr gekriegt. Für 230 Vorhaben null der bisherigen Förderung. Und das sind viel mehr Gelder, ich glaube über 200 Millionen € insgesamt. Null aller geförderter Vorhaben wurden jemals hinsichtlich des Förderergebnisses evaluiert. Es interessiert die Bundesregierung Null, nada, niente. Ob ihre Blockchain Förderung zum Beispiel für die Wertschöpfungskette Schwein oder die Verfolgung von Efuels irgendwas gebracht hat? Ganz ausführlich könnt ihr das in meinem Blogpost nachlesen. Den verlinke ich euch auch. Spiegel und Golem unter anderem haben darüber berichtet. Damit seid ihr durch einen sehr ungewöhnlichen Podcast durch. Ich hoffe, ihr habt ihn trotzdem gerne gehört. Abonniert ihn gerne. Wie lange er existieren wird, kann ich euch aber noch nicht sagen. Trotzdem könnt ihr mir fünf Sternchen geben auf Spotify oder wo immer ihr sonst diesen Podcast hört und Feedback wie immer mit dem Hashtag der Adb Podcast an mich schreiben oder per Email oder auf irgendeinem Social Media, wo ihr mich findet. Machts gut, haltet die Ohren steif, verzweifelt nicht Und bei der nächsten Wahl bitte nach der Ampel links abbiegen.

END OF TRANSCRIPT



Automated transcription by Sonix
www.sonix.ai